

Fördern und Fordern – Eckpunkte für die Integration von Schutzsuchenden mit Bleibeperspektive

Das will die CDU erreichen:

Erfolgreiche Integration setzt passende Angebote des Staates und der Gesellschaft ebenso voraus, wie eine Bereitschaft der hier lebenden Flüchtlinge, sich anzupassen. Die Integrationspolitik der CDU orientiert sich daher am Prinzip von „Fördern und Fordern“.

- Wir wollen Integrationsanreize schaffen. Ein Bleiberecht soll an Grundkenntnisse der deutschen Sprache, die Bereitschaft, zu arbeiten, und die erfolgreiche Teilnahme an Integrationskursen geknüpft sein.
- Wer sich der Integration verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Dies können die Kürzung von Sozialleistungen sein oder Einschränkungen des Aufenthaltsstatus.
- Das Entstehen neuer Parallelgesellschaften soll verhindert, bestehende Parallelstrukturen sollen aufgelöst werden. Deshalb setzt sich die CDU für Integrationspflichtgesetze ein.

So wollen wir unsere Leitkultur vermitteln:

Wer nach Deutschland kommt, muss unsere Art zu leben, unser Recht, unsere Kultur achten und unsere Sprache erlernen.

- Ein „Startpaket“ soll Flüchtlingen erklären, wie eine offene, demokratische und pluralistische Gesellschaft funktioniert.
- Verbindliche Integrationsvereinbarungen sollen Rechte und Pflichten festlegen. Der Integrationsprozess soll vorgezeichnet und überprüft werden.
- Integrationskurse mit den darin enthaltenen Sprach- und Orientierungskursen müssen in ausreichender Zahl und Qualität angeboten werden.
- Männer und Frauen müssen gleichermaßen Zugang zu den Kursen haben. Dafür soll während der Kurszeiten Kinderbetreuung sichergestellt sein.

So wollen wir Sprache und Bildung vermitteln:

Die CDU erwartet, dass Flüchtlinge die deutsche Sprache schnell erlernen. Sie ist der Schlüssel zur Integration.

- Sprachkurse sollen bereits in den Aufnahmeeinrichtungen beginnen.
- Es sollen verstärkt Integrationskurse mit Alphabetisierung angeboten werden.
- Bei Bedarf soll es verpflichtende Sprachförderung in Kitas und Schulen geben.
- Vorbereitungsklassen sollen Flüchtlingskindern Deutschkenntnisse vermitteln.
- Für Flüchtlinge ohne Schulabschluss soll die Schulpflicht ggf. verlängert werden.
- Studierwillige Flüchtlinge sollen Zugang zu deutschen Unis erhalten, wenn sie Studierfähigkeits-tests bestehen. Patenschaftsprogramme an den Hochschulen sollen ausgebaut werden.

So wollen wir den Zugang zum Arbeitsmarkt ordnen:

Eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integration ist ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt. Die CDU will die Rahmenbedingungen dafür weiter verbessern.

- Wer voraussichtlich bleiben darf, soll rasch eine Weiterbildung seiner Kenntnisse erhalten. Dazu zählen unter anderem auch Praktika und der Start einer Berufsausbildung.
- Praktikumszeiten, bei denen vom Mindestlohn abgewichen werden kann, sollen auf mind. 6 Monate verlängert werden.
- Ausbildungslotsen sollen Flüchtlinge in Ausbildungsbetrieben und Berufsschule unterstützen.
- Eine Wohnsitzauflage soll solange gelten, bis die Betroffenen an einem Wohnort ihrer Wahl einen existenzsichernden Arbeitsplatz haben.

**Den Beschluss im Wortlaut finden Sie unter:
www.cdu.de/asyl-und-fluechtlingspolitik**